



Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
80525 München

50 Hertz Transmission GmbH
Amprion GmbH
TenneT TSO GmbH
TransnetBW GmbH

Telefon
089 2162-2132
E-Mail
poststelle@
stmwi.bayern.de

per E-Mail:
konsultation@netzentwicklungsplan.de

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
StMWi-8210h/7/2

München,
19. 04. 2023

Stellungnahme zum 1. Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom 2037/2045

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bayerische Staatsregierung hat erhebliche Zweifel, ob der vorgelegte Entwurf des Netzentwicklungsplans (NEP) Strom 2037/2045 eine belastbare Planungsgrundlage für den zukünftigen Netzausbau in Bayern und Deutschland darstellt.

Aus mehreren Gründen, die im Folgenden näher dargelegt werden, hält der Freistaat eine Neuberechnung aller Szenarien auf der Basis realistischerer Annahmen im Rahmen des zweiten Entwurfs des Netzentwicklungsplans für erforderlich. Sollte sich aus diesen Neuberechnungen ein zusätzlicher Netzausbaubedarf für Bayern ergeben, kann nach Prüfung der Staatsregierung dem zugestimmt werden.

Postanschrift
80525 München
Hausadresse:
Prinzregentenstr. 28, 80538 München

Telefon Vermittlung
089 2162-0
Telefax
089 2162-2760

E-Mail
poststelle@stmwi.bayern.de
Internet
www.stmwi.bayern.de

Öffentliche Verkehrsmittel
U4, U5 (Lehel)
18, 100 (Nationalmuseum/
Haus der Kunst)

Insbesondere die unterstellten massiven Importe aus Österreich nach Bayern in 2045 sind nach hiesigem Kenntnisstand völlig unplausibel. Österreich, das flächenmäßig nur wenig größer ist als Bayern und heute 10 Prozent seines Strombedarfs über Importe deckt, soll ausweislich des NEP-Entwurfs bis 2045 größter Stromexporteur nach Deutschland mit einem Handelssaldo von bis zu 42,3 TWh werden und vor allem Strom aus Wind- und Wasserkraft exportieren. Dies widerspricht eklatant der im September 2022 vom Verband Österreichs E-Wirtschaft veröffentlichten Stromstrategie 2040. Diese sieht vor, dass bis zum Erreichen des Ziels Klimaneutralität in 2040 die installierte Leistung der erneuerbaren Energien in Österreich unter großen Anstrengungen um 180 % gegenüber 2020 ausgebaut wird, um den im gleichen Zeitraum um 90 % steigenden inländischen Bedarf decken zu können. Ein darüber hinaus gehender Ausbau für den Export ist weder vorgesehen noch realistisch zu erwarten. Bei den im NEP-Entwurf angenommenen bilanziellen Stromüberschüssen von ca. 60 TWh p. a., von denen ca. 40 TWh für Deutschland zur Verfügung stehen sollen, handelt es sich h. E. um eine unrealistische Annahme, die auf den undifferenzierten Rückgriff auf Brüsseler Plansoll-Zahlen des Distributed Energy Scenarios des Ten Year Network Development Plans 2022 zurückzuführen ist. Stattdessen sind als Eingangsdaten entweder die oben genannte Stromstrategie 2040 oder das Szenario National Trends des TYNDP 2022 zu verwenden.

Für Bayern als einziges Bundesland, das an Österreich grenzt, kann diese unrealistische Annahme zu einer massiven Falscheinschätzung des Netzausbaubedarfs führen.

Der zukünftige Strombedarf der bayerischen Industrie wird im 1. Entwurf des NEP erheblich unterschätzt. Nach Informationen der Bayerischen Staatsregierung wurden die von den Unternehmen im Rahmen der Großverbraucherabfrage gemeldeten bayerischen Bedarfe um mehr als 75 % auf nur noch 2,1 GW gekürzt. Dies ist für die Bayerische Staatsregierung nicht nachvollziehbar und hat das Potenzial, den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv zu schädigen, falls ein unzureichender Ausbau der Netzinfrastruktur die Folge ist.

Anstatt bundesweite Planzahlen pauschal auf Bundesländer herunter zu brechen, ist es erforderlich, die konkret in den Regionen ermittelte Nachfrage zu berücksichtigen. Beispielsweise hat das Bayerische Chemiedreieck im Forschungsprojekt Trans4In ermitteln lassen, dass allein dessen Strombedarf in Abhängigkeit vom Dekarbonisierungspfad von heute 3,8 TWh auf 10,7 bis 17,7 TWh in 2050 steigen wird.

Die Bayerische Staatsregierung bittet die Übertragungsnetzbetreiber, die von den Unternehmen im Rahmen der Großverbraucherabfrage prognostizierten Bedarfe und deren Berücksichtigung im Netzentwicklungsplan quantitativ, detailliert und transparent zu veröffentlichen.

Auch die im 1. Entwurf des NEP getroffenen Annahmen zur Verortung der Elektrolyseure erscheinen zweifelhaft. Einzig im Szenario A 2045 ist hier ausreichend Leistung (8,9 statt 2,7 GW) für den Anschluss von Elektrolyseuren in Bayern vorgesehen. Die Bayerische Staatsregierung fordert, dass in allen Szenarien eine Elektrolyseleistung in Bayern von mindestens 5 GW vorgesehen wird. Dies ist eine elementare Voraussetzung für die Transformation der bayerischen Wirtschaft zur Klimaneutralität.

Sofern sich durch die Neuberechnung der Bedarf für zusätzliche Transportkapazität zwischen Bayern und Norddeutschland ergeben sollte, ist zu prüfen, ob die Verlängerung eines der nach Südhessen bzw. Baden-Württemberg führenden Gleichstromerkabelprojekte wie DC34, DC35, DC41, DC42, NOR-19-2 oder NOR-19-3 nach Bayern zweckmäßig ist. Zudem ist zu prüfen, welchen Beitrag die Leistungssteigerung schon in fortgeschrittener Planung befindlicher HGÜ-Leitungen, wie des SuedOstLinks, zur sicheren Stromversorgung Bayerns leisten könnte.

Wir sehen mit Sorge, dass die Energiepolitik der Bundesregierung die Abhängigkeit Deutschlands von Stromimporten weiter verschärft.

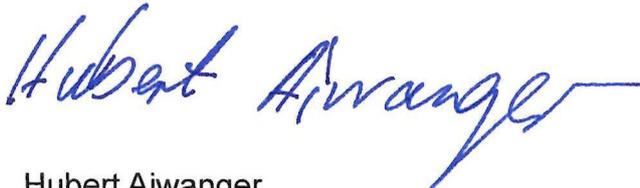
Während Deutschland in der Vergangenheit Stromexporteur war und über ausreichend gesicherte Erzeugungsreserven für Engpasssituationen verfügte, soll zukünftig der Strombedarf zu einem signifikanten Anteil (bis zu knapp 20 % des Bruttostromverbrauchs bzw. 218,8 TWh Importe in 2045) aus dem Ausland gedeckt werden. Das Verlassen auf die Kernkraft v. a. in Frankreich und Tschechien lässt den überhasteten Atomausstieg des Bundes noch weniger rational erscheinen.

Die Tatsache, dass in zwei der vier vorgelegten Szenarien trotz äußerst ambitionierter Annahmen hinsichtlich der Flexibilisierung des Stromverbrauchs nicht mehr ausreichend grundlastfähige Kraftwerke zur Verfügung stehen, um den Strombedarf jederzeit zu decken, ist äußerst besorgniserregend und erfordert sofortiges Handeln der Bundesregierung, damit mit dem Bau neuer H₂-ready Gaskraftwerke schnellstmöglich begonnen wird.

Die Bayerische Staatsregierung begrüßt das Vorhaben P474 zur besseren Anbindung des Bayerischen Chemiedreiecks. Das Projekt ist so zeitnah wie möglich von der Bundesnetzagentur zu bestätigen und vom Bundesgesetzgeber in das Bundesbedarfsplangesetz aufzunehmen, um Planungssicherheit für die zunehmende Elektrifizierung des Chemiedreiecks zu schaffen.

Der bayerische Ministerrat hat diese Stellungnahme in seiner Sitzung am 18. April 2023 beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen



Hubert Aiwanger